GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Gender, Privatisierung der Wasserversorgung und Partizipation

Braunmühl, Claudia von

2009

https://doi.org/10.25595/1690

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Braunmühl, Claudia von: *Gender, Privatisierung der Wasserversorgung und Partizipation*, in: Gender : Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft, Jg. 1 (2009) Nr: 2, 107–122. DOI: https://doi.org/10.25595/1690.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Claudia von Braunmühl

Gender, Privatisierung der Wasserversorgung und Partizipation

Zusammenfassung

Wasserver- und Entsorgung gehörten in den Industrieländern lange Zeit zur staatlichen Daseinsvorsorge, in den Entwicklungsländern zum Kern eines modernen Entwicklungsstaates. In den frühen 1990er Jahren drängte die Privatwirtschaft zunehmend in den Wasserbereich. Da insbesondere in den Entwicklungsländern der Umgang mit Wasser Aufgabe von Frauen ist, schienen die in (teil-)privatisierten Versorgungssystemen praktizierten Modelle von Partizipation nicht nur dem Interesse von Frauen am Zugang zu sauberem Wasser, sondern auch dem strategischen Ziel von Empowerment zu dienen. Eine genauere Analyse indes ergibt ein differenziertes Bild der Einbindung in Verflechtungen von lokaler männlicher Dominanz mit globalen gewinnorientierten Strategien. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wirkten Widerstand gegen Privatisierungen und Ernüchterung über die erzielbaren Gewinne auf einen Strategiewandel sowohl der Wasserkonzerne als auch der politischen AkteurInnen hin.

Schlüsselwörter
Privatisierung Wasser, Dublin Prinzipien, Weltbank Sektorpolitik Wasser, Partizipation

Summary

Gender, privatisation of water, and participation

In industrial countries the provision of drinking water and sanitation used to form part of the welfare state, in developing countries they belonged to the hallmarks of a modern development state. In the early nineties the private sector increasingly took an interest in water. As particularly in developing countries the handling of water falls to women, access to clean water met their practical needs at the same time as models of participation appeared to meet their strategic interest in empowerment. An in-depth analysis gives a differentiated picture of the embeddedness of participation in local structures of male dominance in interaction with global profit-oriented strategies. Since the second half of the nineties resistance against water privatisation, and a re-assessment on the part of transnational corporations, led to a certain change in strategy.

Keywords
Water privatisation, Dublin Principles, Worldbank sector policy water, Participation

Die aus der europäischen Sozial- und Verfassungsgeschichte gewachsene Verantwortung des Staates für die Grundanliegen der öffentlichen Daseinsvorsorge ist in ihren Kernbestandteilen weltweit zu einem tragenden Pfeiler des Verständnisses von Staatlichkeit und der Beziehung zwischen dem Steuerstaat und seinen BürgerInnen geworden. Mit der Entfaltung des Sozialstaatsgedankens rückten dann Wasserver- und Entsorgung als Teil der Grundversorgung unmittelbar in den Bereich staatlicher und staatlich zu erbringender Dienstleistungen ein. Nahezu alle, insbesondere alle europäischen Staaten, haben sich den Gedanken zu eigen gemacht, dass wesentliche soziale Belange (soziale Infrastruktur: Bildung, Gesundheit, Kultur u. Ä.) und die materiellen Erfordernisse gesamtgesellschaftlicher Funktionsfähigkeit (ökonomische Infrastruktur: Energie, Wasser, Verkehr, Kommunikation etc.) den Risiken des Marktes entzogen sein müssen.

In den Entwicklungsländern nahmen die Regierungen den Anspruch auf, dass Wasserver- und Entsorgung als Teil der Grundversorgung unmittelbar in den Bereich staatlicher und staatlich zu erbringender Dienstleistungen gehören. Nach wie vor gelten der Zugang zu sauberem Trinkwasser und die Verfügbarkeit landwirtschaftlichen Nutzwassers als Grundpfeiler von Modernisierung und Armutsbekämpfung. In den im Jahr 2000 von der UN-Generalversammlung verabschiedeten Millennium-Entwicklungszielen kommt dies deutlich zum Ausdruck.

Auf internationaler Ebene lässt sich, wie für andere Umweltgüter auch, der Beginn einer Form von globaler Wasserpolitik auf die erste UN-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm datieren. Damals verabschiedeten und bestätigten die Vereinten Nationen diverse Umwelt-Aktionspläne, in denen auf dem Hintergrund fraglos akzeptierter staatlicher Souveränität Wasser als öffentliches Gut angesehen wurde. Als solches unterlag es in Gänze staatlicher Verantwortung; marktwirtschaftliche Instrumente hatten allenfalls den Charakter flankierender Maßnahmen.

Dies ist auch ungefähr der Zeitpunkt, an dem die Diskussion über eine sich abzeichnende Wasserkrise einsetzte. In den Worten der UNESCO: „Von allen Krisen hinsichtlich der sozialen und natürlichen Ressourcen, mit denen wir Menschen konfrontiert sind, ist die Wasserkrise diejenige, die unser Überleben und das unseres Planeten Erde am meisten bedroht“ (UNESCO 2003: 4). Die Verteilung des Wassers auf unterschiedliche Wirtschaftssektoren und Nutzungsformen, die Beeinträchtigung von Wasserressourcen durch industrialisierte Landwirtschaft, Bergbau, Industrie, Energiegewinnung, städtische Agglomeration, Tourismus etc. bis hin zu international gehandeltem ‚virtuellem‘ Wasser erlangten verstärkte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit wie auch in Wissenschaft und Politik. Immer häufiger war von Wasserkonflikten mit friedensgefährdendem Potenzial die Rede. Der Umgang mit Verteilungskonkurrenz und die Gestaltung der Nachfrage im Wege eines Wassermanagements, das den vielfältigen ökologischen Dimensionen ebenso gerecht wird wie den Erfordernissen sozialer Verteilungsgerechtigkeit, wurden als drängende Probleme erkannt (z. B. Petrella 1999; Barlow/Clarke 2002; Houdret 2008). Vor diesem Hintergrund erhielten die Daten zur Verfügbarkeit von Trink- und Abwasser besondere Dramatik. 1,1 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, 2,6 Milliarden Menschen leben ohne ausreichende sanitäre Anlagen und Abwasserentsorgung. 6 000 Menschen, vor allem Kinder unter 5 Jahren, sterben täglich an den Folgen einer unzureichenden Trinkwasserversorgung (United Nations Development Programme 2006).

Privatisierung der Wasserversorgung

Die für die Erhaltung der Wasserver- und Entsorgungssysteme in den entwickelten Industriestaaten benötigten Investitionen, ebenso wie die Kosten zur Ausweitung in den Entwicklungsländern, überfordern hier wie dort bei Weitem die staatlichen Haushalte, einschließlich der für Entwicklungszusammenarbeit veranschlagten Mittel. Mit dieser Argumentation zogen im Bereich der Wasserwirtschaft tätige Konzerne verstärkt in die Wasserver- und Entsorgung ein (Kluge/Libbe 2006). Mit dem gleichen Argument richteten die AkteurInnen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit an die in wach-

sendem Maß weltweit operierenden Konzerne die Aufforderung, sich am Ausbau der Versorgungssysteme in den Entwicklungsländern zu beteiligen. Wenn nun aber Wasser aus dem Bereich der am Gemeinwohl orientierten staatlichen Daseinsvorsorge in den Bereich der Geschäftswelt und der ihr eigenen Gewinnlogik auswandern soll oder sich zumindest zu einem gewissen Anteil in ihr einrichten, so setzt dies eine neue Rahmung des Gutes Wasser voraus. Diese Neudefinition leistete die 1992 einberufene Internationale Konferenz über Wasser und Umwelt. Dort verabschiedeten rund 500 VertreterInnen von Regierungen, internationalen Organisationen und Nicht-Regierungsorganisationen die sogenannten ‚Dublin-Prinzipien'. Das vierte Dublin-Prinzip postuliert:

„Past failure to recognize the economic value of water has led to wasteful and environmentally damaging uses of the resource. Managing water as an economic good is an important way of achieving efficient and equitable use, and of encouraging conservation and protection of water resources" (Dublin Statement and Principles).

Damit war ein Mehrfaches geleistet: Staaten und Regierungen waren hinsichtlich ihrer sozialen und ökologischen Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit denunziert und das Gut Wasser wurde in die Welt von Waren, Märkten, Preisen und Profiten gerückt. Implizit wurde den dort herrschenden privaten AkteurInnen Legitimität und Kompetenz im effizienten Umgang mit der kostbaren Ressource zugesprochen. An die Stelle kostendeckender, gegebenenfalls aus dem Steueraufkommen subventionierter Gebühren traten unter dem Stichwort Vollkostendeckung Preise, die sowohl die vollen Sachkosten als auch die der Finanzierung, also die den Anteilseignern zufließende Rendite, decken.

Petra Dobner (2007) hat eingehend nachgewiesen, in welchem Umfang eine hochgradig international vernetzte und mit den großen Finanzierungsinstitutionen verflochtene Wasserwirtschaft, gleichsam mit den Dublin-Prinzipien unterm Arm, die Bestimmung der Parameter von Wasserver- und Entsorgung an sich gerissen und einen hegemonialen Konsens zugunsten der Privatisierung von Wasser formuliert hat. In Anlehnung an Internet-Simulationen spricht Dobner von *Legitimitätsphishing*. Staaten, so konstatierte die Präsidentin der Global Water Partnership, müssen nun einmal akzeptieren, dass der ihnen angemessene Platz in der zweiten Reihe ist (Dobner 2006: 257). Während der öffentlichen Hand eine lange Liste von Missständen und systemischen Defiziten vorgehalten wurde, versprachen die BefürworterInnen der Privatisierung größere Effizienz, zuverlässigere und bessere Leistung, einen nachhaltigeren Umgang mit der knappen Ressource Wasser und eine weitaus bessere Versorgung auch der ärmeren Bevölkerung. Belegt wurde die Defizitliste in den seltensten Fällen. „Weder konnte Anfang der 1990er Jahre auf Fakten zurückgegriffen werden, die eine Privatisierung als effizientere Lösung zweifelsfrei nahe gelegt hätten. Noch hat sich im Rückblick die höhere Leistungsfähigkeit bestätigt" (Dobner 2007: 190). Strategien der Verbesserung staatlicher Leistungsfähigkeit wurden gar nicht erst erwogen, die Argumentation lief a priori und entschieden auf Privatisierung zu.

Innerhalb der Europäischen Union übte die Europäische Wasserrahmenrichtlinie des Jahres 2000 mit der Verpflichtung zu einer kostendeckenden Organisation der Wasserversorgung einen gewissen Druck auf das Einbeziehen privater AkteurInnen in die Wasserversorgung aus (Swyngedouw 2004). Dies war begleitet von erheblichen Anstrengungen der Europäischen Kommission in Richtung Liberalisierung und erhöhtem Wettbewerb im Bereich der Trink- und Abwasserversorgung (Europäische Kommission 2003). Zwar

sind Warenförmigkeit und Marktbasierung nicht zwingend mit Privatisierung verbunden, wohl aber überführen sie das öffentliche Gut Wasser in einen geschäftlichen und gewinnorientierten Kontext. Gleichzeitig schiebt sich bei den Unternehmen die schwer hintergehbare Erwartung marktangemessener Gewinne als wesentliche handlungsbestimmende Logik in das Versorgungsgeschehen. Allerdings haben das Europäische Parlament, viele Mitgliedsländer und ein breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Organisationen den Liberalisierungsbestrebungen der Kommission Skepsis bis Opposition entgegengestellt.

Die tatsächlichen Organisationsformen der Wasserversorgung in Europa sind weiterhin sehr unterschiedlich und hochgradig politisch pfadabhängig. (Teil-)Privatisierungen sind regelmäßig heftig umstritten und, wie in Berlin und Hamburg, Gegenstand von Volksbegehren und juristischen Auseinandersetzungen.

In den Ländern des globalen Südens waren es Internationaler Währungsfonds, Weltbank, Europäische Kommission und bilaterale Entwicklungspolitik, die in ihren jeweiligen Finanzierungsabkommen die Privatisierung der Wasserver- und Entsorgung zur Bedingung machten. Die Weltbank nutzte zu dem Zweck die Instrumente von Strukturanpassungs- und Entschuldungskrediten. Die 2002 auf der Umweltkonferenz in Johannisburg vorgestellte EU-Wasserinitiative empfahl ihrerseits nachdrücklich den Einsatz entwicklungspolitischer Mittel. Sie folgte dem Rat auch selber, indem sie im Rahmen der Neuverhandlung ihrer Entwicklungszusammenarbeit den meisten Ländern „Wunsch"-Listen in Sachen Wasserprivatisierung vorlegte (Hall/Bayliss/Lobina 2002; World Development Movement 2006).

In den Entwicklungsländern erstreckt sich eine moderne Wasserver- und Entsorgung im Wesentlichen auf die Mittelstandsquartiere in den Städten. Ansonsten wird Wasser an öffentlichen Zapfstellen (Städte) und Brunnen (Land) bereitgestellt. Bis zum Einsetzen der neoliberalen Strukturanpassungspolitik war Wasser aus gesundheitlichen und sozialen Gründen unentgeltlich zugänglich. Seit den 1980er Jahren wird über den Zwischenschritt einer Kostenbeteiligung (*cost sharing*) im Zusammenhang mit der von Weltbank und EU vorangetriebenen Privatisierung ein Wasserpreis eingefordert, der den Versorgungsunternehmen Profite und ihren Anteilseignern Dividenden abwerfen muss. Allenthalben stieg der Preis des Wassers dramatisch, waren in den städtischen Bereichen die Anschlussgebühren für ärmere Bevölkerungsgruppen unbezahlbar, blieb die Steigerung der Versorgungsdichte weit hinter den projektierten Größenordnungen zurück. Instandhaltung und die investitionsaufwändige Entsorgung wurden weitgehend vernachlässigt. An vielen Orten kam es zu mancherorts blutig niedergeschlagenem Widerstand gegen die Privatisierung. Dort, wo die Konzerne sich zurückzogen, suchen sie heute noch ihre in den Privatisierungsverträgen zugesicherten Renditen als entgangene Gewinne rechtlich einzuklagen (Lobina/Hall 2009).

Genderdimensionen

Das dritte der vier Dublin-Prinzipien macht weitreichende Aussagen über die Rolle von Frauen in der Wasserversorgung:

„Women play a central part in the provision, management and safeguarding of water. This pivotal role of women as providers and users of water and guardians of the living environment has seldom

been reflected in institutional arrangements for the development and management of water resources. Acceptance and implementation of this principle requires positive policies to address women's specific needs and to equip and empower women to participate at all levels in water implementation, in ways defined by them" (Dublin Statement and Principles).

In dieser Aussage, deren Realitätsgehalt zu überprüfen wäre, werden Frauen zu *providers* erklärt. Das sind sie aber allenfalls für die Familienmitglieder, die das Wasser gleichsam aus ihrer Hand erhalten. Die Frauen selber beschaffen das Wasser für den häuslichen Gebrauch bei Wasserversorgungsunternehmen, den *water providers* in öffentlicher oder privater Hand; die Bedeutung dieses Unterschiedes soll hier nicht weiter verfolgt werden. Von der Perspektive der unmittelbaren patriarchalen Rollenzuschreibung und Erfahrung weitet das Dublin-Prinzip den Blick auf die lebendige Umwelt (*living environment*), zu deren HüterInnen (*guardians*) Frauen erhoben werden. Damit sind sämtliche Klischees über Frauen und Natur – wahlweise als zu Unterwerfende oder zu Inthronisierende – eingeladen.

Frauen im Umgang mit Wasser, am Brunnen, mit Wassereimer oder -wanne auf dem Kopf fröhlich plaudernd auf dem Weg zurück ins Dorf – mit diesen Bildern werden häufig zugleich geschlechterpolitische Normalität und gelungene Entwicklung porträtiert. In der Tat ist es im unmittelbaren Interesse von Frauen, weniger beschwerliche Wege machen zu müssen, ihre Angehörigen vor wasserinduzierten Krankheiten geschützt zu wissen, gegebenenfalls auch ihre Küchengärten bewässern zu können, und durch all dies Zeit und Kraft für andere Aktivitäten oder auch schlicht für Muße und Erholung zu gewinnen. Die Daten zum Millennium-Entwicklungsziel, das sich auf die Halbierung der Zahl von Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und akzeptablen Formen der Entsorgung bezieht, sind daher in ihrer faktischen Alltagsbedeutung sicherlich besonders wesentlich für Frauen. Die Bestandsaufnahme auf der Mitte der Zeitstrecke ergab: Insgesamt ist es gelungen, den Anteil der Wasserversorgung, der aus gesundheitsverträglichen Quellen kommt, von 78 auf 83 Prozent zu erhöhen. Allerdings sind enorme Disparitäten zu verzeichnen. In Sub-Sahara Afrika sind nur 16 Prozent der Bevölkerung, in Ostasien 70 Prozent, in Nordafrika 76 Prozent und in Westasien 81 Prozent solchermaßen versorgt (Department for International Development 2007).

Weltweit gilt, dass die gesellschaftlich verordnete Zuständigkeit von Frauen für Haus- und Versorgungsarbeit aus der Fähigkeit zur physischen Mutterschaft heraus begründet und systematisch geringer als die Arbeit der Männer bewertet wird. In den meisten Gesellschaften, insbesondere im globalen Süden, werden Wasserversorgung, -beschaffung und -nutzung als Verlängerung der gleichsam naturbeglaubigten Zuständigkeit von Frauen für die reproduktiven Aufgaben der Personenversorgung gesehen und weitgehend außer Frage gestellt. Wegen der Verwendungsnähe zur eher häuslich basierten Fürsorgeökonomie wird daher von der NutzerInnenseite her Wasser sehr häufig unmittelbar mit Frauen assoziiert.

Ungeachtet des im wahrsten Sinne des Wortes viel versprechenden dritten Dublin-Prinzips ist aber vor einigen, oft leichthin behaupteten Kurzschlüssen zu warnen.

Erster Kurzschluss: Selbst wenn – was im ländlichen Bereich nicht immer der Fall ist – hinreichend saubere Wasserzugänge zur Verfügung stehen, ist aus Gründen des Wasserpreises nicht unbedingt gesichert, dass alle Frauen in der Lage sind, als zahlungsfähige Kundinnen aufzutreten.

Zweiter Kurzschluss: Selbst wenn Frauen an nutzungsnahen Entscheidungsprozessen beteiligt sind, was durch die Vermittlung von zivilgesellschaftlichen Organisationen immer häufiger der Fall ist, ist noch lange nicht gesichert, dass sie in einer ‚von ihnen definierten Weise' (3. Dublin-Prinzip) an allen Phasen der Wasserversorgung beteiligt sind.

Dritter Kurzschluss: Nicht jede Partizipation ist mit Empowerment, also Zugewinn an Gestaltungsmacht, gleichzusetzen. Bei genauerem Hinsehen kann Partizipation sich im Gegenteil in zusätzlicher Belastung und gesellschaftlicher Abwertung niederschlagen. Im Folgenden soll auf diese Zusammenhänge und Brüche eingegangen werden.[1]

a) Der Preis des Wassers

Gerade dort, wo die Frauen das Wasser an Zapfstellen und Brunnen holen, fällt, in Verlängerung ihrer Zuständigkeit für das Beschaffen des Wassers, zumeist auch das Aufbringen des Wassergeldes an sie, obwohl der Nutzen der ganzen Familie zugute kommt. Nur sehr vereinzelt können sie sich auf eine Kostenübernahme oder -beteiligung der Männer stützen oder gelingt es, auf Dorf- oder Gemeindeebene einen kollektiv alimentierten Wasserfonds einzurichten. Sehr viel häufiger geht vom Wasserpreis der Zwang zu zusätzlichem Einkommenserwerb durch die Frauen aus.

Zur Bewältigung der zusätzlichen finanziellen Anforderung werden den Frauen oft im Weg entwicklungspolitischer Maßnahmen Kleinkredite und Einkommen schaffende Aktivitäten angetragen. Hinter solchen Offerten, die sich derzeit des unkritischen Rufs erfreuen, einen frauenfreundlichen Königsweg zur Armutsminderung darzustellen, liegt bei genauerer Analyse aber eine zusätzliche Belastung der Frauen. Es bedeutet ein Mehr an Arbeit, deren Ertrag bei beschränkten Märkten keineswegs gesichert ist, und führt nicht selten in die Verschuldung. Auch darf nicht übersehen werden, dass es sich hier um ein Zusammenspiel von rigiden Geschlechterordnungen mit Privatisierung und Gewinnerwartung handelt, ein Zusammenspiel, das den Frauen eine Zusatzlast aufbürdet.

Wo es nicht gelingt, den Wasserpreis unter zumutbaren Bedingungen aufzubringen, kann man die Frauen wieder zum Fluss oder zu anderen unreinen Wasserquellen gehen sehen.

b) Partizipation in der Wasserversorgung

Für Entwicklungsländer gilt im Großen und Ganzen: Je dezentraler die Wasserversorgung organisiert ist, desto größer sind die Chancen von Frauen, in Konsultations- und Entscheidungsprozesse einbezogen oder auch mit technischen und Managementfunktionen betraut zu werden. Vielfach sind es die Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die im Rahmen von Gender Mainstreaming auf die Beteiligung von Frauen hinwirken.

Das Management von Wasserstellen ist geschlechtergeordnet. Je stärker es mit technischen und monetären Aspekten versehen ist – Pumpen oder landwirtschaftliche

1 Die folgenden Beobachtungen und Analysen basieren im Wesentlichen auf durch gutachterliche Tätigkeiten der Autorin gewonnenen Einsichten und sind bislang lediglich in nicht öffentlich zugänglichen Berichten festgehalten.

Bewässerungssysteme, Wartung, Kassenführung, Ersatzteilverwaltung, Einhegung und Zugangskontrolle –, umso mehr gilt es als Männersache. Das mag für keinen dieser Aspekte sonderlich funktional sein. Wartungsarbeiten z. B. an einem Ort, der weiblich besetzt ist, werden nachrangig behandelt und oft zum Gegenstand männlicher Machtspiele. Der Zugang wird unzuverlässig und zum Anlass des Einforderns von Gegengaben, die Wasserkasse zum Objekt anderweitiger Begehrlichkeiten, denen die Frauen oft zu wenig Gewicht entgegensetzen können.

Wasserstellen jeglicher Art werden intensiver und umsichtiger genutzt, nachhaltiger instand gehalten und erreichen einen hohen Grad an Kostendeckung, wo funktionsfähige Wassernutzerkomitees existieren, die technisch hinreichend versiert sind, stabile Organisationsprozesse herausgebildet haben und über einen gewissen Einfluss auf lokale Entscheidungsträger verfügen. Das Aktivitätenspektrum von Wasserkomitees und NutzerInnengruppen beginnt vom Intensitätsgrad her mit schlichter Entgegennahme von Information aus der Hand von Behörden und/oder Projektzuständigen und „Muskelpartizipation", also der physischen Beteiligung an Baumaßnahmen (vorrangig Männer) bzw. der Unterbringung und Versorgung von Bauteams (überwiegend Frauen). Konsultation wird insbesondere dann gesucht, wenn es um die Neueinrichtung von Wasserstellen oder Veränderungen in Tarifstruktur und Betrieb geht. Die finanziellen Eckdaten der Tarife sind in der Regel vorgegeben. Einzelmodalitäten wie Lokalität, technische Optionen, Funktionszuweisungen innerhalb der Gruppen sowie soziale oder verbrauchsbezogene Tarifabstufungen können von der NutzerInnengruppe ausgearbeitet werden. Die Ausgestaltung der Modalitäten wie auch die Konstitutionsprozesse von Wassernutzerkomitees sind weitgehend lokalitätsgebunden.

Die Beteiligung von Frauen an und in partizipativen Strukturen optimiert diese Stärken noch. Gleichwohl bedarf dies nahezu immer aufreibender Konflikte. In zunehmendem Ausmaß, oft ermutigt und unterstützt von entwicklungspolitischen Organisationen, wird der Aushandlungsprozess vor Ort von lokalen Frauengruppen getragen. Der Anspruch der Frauen auf einen Anteil an den lokalen, seltener auch den regionalen Entscheidungsstrukturen, gründet sich meist auf konkrete Erfahrung und sehr viel weniger auf prinzipielle frauen- und genderpolitische Argumente.

Die Aktivitätsbereiche und der Status, den Frauen sich in NutzerInnengruppen, Wasserkomitees und ähnlichen Strukturen erobern, die konkreten Interaktionen in der Gruppe und die Rolle, die Frauen im Umgang mit externen AkteurInnen wahrnehmen, variieren beträchtlich und das oft in sehr kleinteiliger Geografie, selbst innerhalb eines Landes. Während an dem einen Ort Frauen über gelegentliche, eher obligatorische Konsultation kaum hinauskommen, mag es ihnen nicht wenige Kilometer weiter gelingen, unter Hinweis auf ihre häufige Präsenz am Brunnen in den Genuss der technischen Ausbildung zu kommen, die für die Ausführung kleiner Wartungs- und Reparaturarbeiten oder die Kassenführung erforderlich ist. Vielerorts wird ihnen die Obhut über die gesundheitsrelevanten Aspekte von Wasserquelle und -fassung überantwortet, zumeist in Verbindung mit örtlichen Gesundheitskomitees.

Mitentscheidungsrechte auf höherer Ebene, gar noch in von den Frauen selbst definierten Formen, wie sie das dritte Dublin-Prinzip anspricht, gibt es in der Regel nicht. Auf den jeweils höheren Ebenen sind in den seltensten Fällen Rechte auf Gruppenrepräsentanz gesichert, die Strukturen von Behörden oder Unternehmen bieten dafür auch

wenig Ansatzpunkte. Auf der Ebene des Wassermanagements dominieren weiterhin Männer.

c) Empowerment durch Partizipation?

Entgegen häufiger Annahmen setzen sich Beteiligung, erkämpfte Zuständigkeiten und Kompetenzanerkennungen nicht unbedingt und schon gar nicht automatisch in erweiterte Handlungsspielräume der Frauen in Kontakt mit der Außenwelt um. Jede Beteiligungsstufe von Frauen – von der punktuellen Information und Befragung bis zu bestimmten Anrechten auf Partizipation und weiteren Rechten, die aus der Beteiligung resultieren – erfordert, wie gesagt, oft konfliktreiche Auseinandersetzungen. Die Austragung solcher Konflikte ist eine sehr lokale Angelegenheit. In Äthiopien haben beispielsweise die Anstrengungen von Frauen, die Kontrolle über die Wasserstellen in die Hand zu bekommen, in einem Umkreis von kaum 50 Kilometern zu extrem unterschiedlichen Ergebnissen geführt. Während an jedem Ort der Kontrollzuwachs der Frauen mit einem Gewinn hinsichtlich der Funktionalität der Wasserstelle verbunden war, fiel die Transformation dieses Gewinns in Empowerment und höheren sozialen Status in der Gemeinde sehr verschieden aus. Das Spektrum reicht von deutlich gestärktem Stimmgewicht in gemeindlichen Angelegenheiten bis hin zur Abwertung des nach langen Auseinandersetzungen gänzlich in die Hände der Frauen übergegangenen Managements der Wasserstelle als ‚Weiberkram'. Nahezu immer wird die Veränderung überkommener Geschlechterordnungen und der vermutete Geländegewinn von Frauen mit dem Argument der Störung kultureller Authentizität abgewehrt.

Die entwicklungspolitischen Begründungen zur Notwendigkeit und Wünschbarkeit von Partizipation berufen sich in den letzten 15 Jahren nahezu durchgängig auf *ownership* im Sinne von Bereitschaft zu erhöhter Eigenverantwortung und eben *empowerment*. Unter Hinweis auf diese Ziele und Werte fordern sie den Einbezug von Frauen, insbesondere im Wasserbereich. Die konkreten Argumente für die Einrichtung von NutzerInnengruppen wie auch deren Aktivitätsbeschreibungen hingegen sind vorrangig von Effizienzaspekten wie Funktionssicherung der Wasserversorgungsanlagen, Kostenreduktion von Bau- und Wartungsleistungen und Gebührenmanagement bestimmt. Es geht um angemessene Nachfragebefriedigung auf der einen, die Bereitschaft zu Zahlungs- und Leistungserbringung auf der anderen Seite.

Der aktive Einbezug von Frauen in lokale Partizipationsstrukturen mag zu Recht als gesellschaftliche Neuerung empfunden werden, gleichwohl unterliegt er den gleichen Effizienzkriterien wie diese Strukturen selber. Weitergehende Ansprüche oder Erwartungen an *empowerment*, wie Erweiterung der Lebensoptionen (Kabeer 1999) oder Annäherung an einen qua Partizipation eingeübten Bürgerschaftsstatus, formulieren eine Perspektive, die als solche mit der Integration in örtliche Wasserkomitees nicht gesichert ist und zusätzlicher lokaler Gegebenheiten und Anstrengungen bedarf.

Es stellt sich mithin die Frage, ob die instrumentelle, effizienzbezogene Orientierung und Strukturierung von Partizipation in der Lage ist, über Effizienz hinausgehende Wirkungen zu erzielen, und auf welcher Statusebene – NutzerIn, KundIn, BürgerIn – diese Wirkungen gegebenenfalls angesiedelt sind. Hier gehen die Antworten bedeutsam auseinander. In der bi- und multilateralen GeberInnenkultur wird ein hoher Frauenan-

teil in Wasserkomitees, NutzerInnengruppen u. Ä. gleichgesetzt mit sachbezogenem und sparsamem Wassermanagement. Nichtregierungsorganisationen, insbesondere Frauenorganisationen, andererseits weisen darauf hin, dass hier ein empirisch wenig belegter Sprung in der Argumentation vorliegt. Von der Handlungsebene her werden NutzerInnen und KundInnen angesprochen, von der Wirkung her wird auf den Status als BürgerIn geschlussfolgert: Der zahlende Kunde kann fordernd auftreten (*payment empowers*); der mit funktionstüchtiger Daseinsvorsorge zufriedene Kunde tritt dem Staat als Bürger in Konsensbereitschaft gegenüber (Narayan 1995). Aber: Gemeinden sind nicht a priori demokratische oder gar geschlechterdemokratische, sondern vielmehr machtstrukturierte soziale Gefüge. Der Gemeindekonsens ist oft ein männlicher, und auch dieser mag eher die Interessen einiger weniger Gemeindemitglieder spiegeln. Von außen induzierte Gruppenbildungsprozesse verflechten sich mit lokalen Machtstrukturen und können zu deren Stabilisierung und technischer Modernisierung beitragen. Was dem äußeren Auge als lokales Wissen und Wollen im Sinne von *ownership* erscheint, kann sehr wohl das Produkt von machtstrukturierten Assimilations- und Kooptationsprozessen sein. Schließlich sind die Ressourcen zur Teilhabe an Partizipationsprozessen geschlechtersignifikant ungleich verteilt. Mit anderen Worten: Ein funktionstüchtiges System der partizipativ erstellten und gemanagten Wasserversorgung, das auch arme Bevölkerungsschichten erreicht, ist auf jeden Fall zu begrüßen und sagt möglicherweise etwas über Effizienz aus. Es lässt aber nicht zwingend auf *empowerment* und einen geschlechtergerechten Bürgerschaftsstatus schließen (Goetz/Gaventa 2001; Gender and Water Alliance 2003).

Gender und Privatisierung der Wasserversorgung in Industrieländern

Die erheblichen Unterschiede von Sozialstruktur und Infrastruktur zwischen den Industriestaaten und den Ländern des globalen Südens bedingen, dass sich die Modelle von Privatisierung und die Modalitäten der Wasserversorgung deutlich voneinander unterscheiden. Innerhalb der industrialisierten Staaten besteht aufgrund historischer Pfadentwicklungen wiederum eine erhebliche Variationsbreite (von Braunmühl 2005). Das wirkt sich auch darauf aus, in welchen Formen die jeweiligen Geschlechterordnungen zum Ausdruck kommen.

In den entwickelten Industrieländern mit ihren hohen technischen und administrativen Standards und einer netzgebundenen Infrastruktur tritt die Genderdimension der Wasserversorgung markant zurück. Die Eigenmechanismen und -regularien von Entscheidungsinstanzen und -ebenen – das Parlament, die am Umgang mit Wasser beteiligten Ministerien, die Regulierungsbehörden, die unternehmerischen und betrieblichen Strukturen, die Börse etc. – und die Art, wie sich in ihnen Geschlechterverhältnisse geltend machen, bestimmen hier das Bild. Für diese sind eher die Instrumente von Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming relevant. Diese haben Geschlechterasymmetrien in den Arbeitswelten zum Gegenstand, nicht aber einen geschlechtsspezifischen Bezug zu Wasser. Allerdings gibt es durch die Privatisierung bedeutsame Verschiebungen. In dem Maß, in dem privatwirtschaftliche AkteurInnen in die Wasserversorgung

einziehen, verlieren die von der Privatwirtschaft bis heute kaum akzeptierten Ansprüche von Gender Mainstreaming an Boden.

Weitere indirekte – indirekt, insofern sie nicht im Gebrauchswertcharakter von Wasser begründet liegen –, gleichwohl geschlechtsspezifische Wirkungen der Privatisierung von Wasserversorgung können im Bereich der Veränderung der betrieblichen Strukturen bei Entlassungen, die überwiegend Frauen treffen, liegen. Schließlich kann sich auch die Preispolitik auf die mehrheitlich von Frauen geführten ärmeren Haushalte in sozial prekärer Lage abträglich auswirken (Vinz 2005).

Tatsächlich ist in der gesamten Debatte über Partizipationsstrukturen im privatisierten Wassersektor in England und Wales eine geschlechterpolitische Dimension nicht angesprochen. Dies ist auch dort nicht der Fall, wo es aus den Erfahrungen im internationalen Vergleich am ehesten vermutet werden könnte, bei der Betroffenheit sozial Schwacher vom Anstieg des Wasserpreises, unzumutbarer Härte beim Eintreiben ausstehender Zahlungen oder technischen Mängeln, die mit der Vernachlässigung bestimmter Wohngebiete in Zusammenhang stehen. BürgerInnenorganisationen haben zwar auf die negativen Folgen der Anschluss- und Preispolitik der Wasserkonzerne auf Familien mit hoher Kinderzahl hingewiesen, dabei aber beispielsweise alleinerziehende Frauen nicht erwähnt. Obwohl durchaus davon ausgegangen werden kann, dass die mehrheitlich von Frauen geführten ärmeren Haushalte in sozial prekärer Lage in besonderer Weise betroffen sind (Vinz 2005). Es ist auch nicht ersichtlich, dass Frauenorganisationen sich in die Debatte eingemischt hätten oder spezifisch feministische Analysen erarbeitet worden wären. Auch im Fall von Frankreich enthalten die kritischen Analysen staatlicher Instanzen wie zivilgesellschaftlicher AkteurInnen zu den sozialen Folgen der Tarifstrukturen im Wasserbereich, zu Versorgungssicherheit und umweltbezogenen Problemlagen keine genderanalytischen Aspekte.

Eine 2008 erschienene Studie zu den Genderdimensionen von Wasserversorgung unter den Bedingungen, wie wir sie in den OECD-Ländern vorfinden, hat zwar Differenzen zwischen Frauen und Männern ausgemacht. Diese liegen aber im Wesentlichen in der Perzeption von Wasser und Wasserversorgung – stärker an unmittelbare Nutzung angelehnt bei den Frauen, aus allgemein verfügbarem Wissen bezogen bei den Männern. Der Unterschied begründet sich in gewisser Weise aus dem Gebrauchswertcharakter von Wasser, anders als in den Entwicklungsländern bleibt er aber weitgehend ohne politische Handlungsrelevanz. Er verliert sich vollends in der gemeinsamen Ablehnung von Privatisierung (Lux/Hayn 2008). In der Tat ist in den Industrieländern die Akzeptanz von (Teil-)Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Infrastruktur im Allgemeinen und der Wasserversorgung im Besonderen in jüngerer Zeit erheblich gesunken (Candelas 2009).

Gender und Wassermärkte in Entwicklungsländern – Kontinuität oder Wende?

Die Ende der 1990er Jahre in den Entwicklungsländern einsetzende Wende führte zu dem, was die Frauenkampagne von Public Sector International auf ihrer Homepage als „stillen Sieg“ bezeichnet, nämlich „die Verlangsamung der Geschwindigkeit von

Wasserprivatisierungen“ (Public Sector International 2008). In der Tat: Der auf lokalen Ebenen ausgetragene erhebliche Widerstand gegen Privatisierungsvorhaben bzw. die überwiegend schlechten Erfahrungen mit deren Realisierung veranlassten mehr und mehr Gemeinden und Staaten, ihre Versorgungsverträge nicht zu verlängern oder gar aufzukündigen. In Sub-Sahara Afrika, also der Region mit dem bei Weitem drängendsten Bedarf, waren um 2005 80 Prozent der Verträge aufgelöst, neu verhandelt oder in Rechtsstreitigkeiten verstrickt (Budds/McGranahan 2003: 105ff.). Ebenso wurden in Lateinamerika und Asien ein Großteil der Privatisierungsvorstöße abgelehnt oder wieder rückgängig gemacht (Hall 2008). Zudem legten sowohl Weltbank als auch Weltwährungsfonds Studien vor, die einen deutlich ernüchterten Blick auf die hohen Erwartungen warfen, die in den vorangegangenen Jahrzehnten privaten InvestorInnen entgegengebracht worden waren. Eine dem öffentlichen Sektor überlegene, kosteneffizientere Leistungserbringung seitens privater Unternehmen ließ sich empirisch nicht belegen (Hall/Lobina 2005). Der Privatsektor hatte sehr viel weniger in die Wasserwirtschaft investiert als erhofft und ungeachtet damit begründeter Preiserhöhungen Neuanschlüsse und Erhaltungsinvestitionen deutlich vernachlässigt. Letztendlich, so wurde errechnet, ist durch privatwirtschaftliche Investitionen weltweit lediglich 900 Menschen pro Tag der Zugang zu Wasser ermöglicht worden (World Development Movement 2006). Die Versorgung ländlicher Regionen war für die Privatwirtschaft ohnehin nicht attraktiv, die der armen Wohnviertel in den urbanen Zentren ebenso wenig. In den versorgten Gebieten ließen sich die hohen Gewinnerwartungen nicht ohne Weiteres realisieren. Praktiken, wie sie z. B. in Südafrika und England angewandt wurden, bei Zahlungsunfähigkeit die Wasserversorgung schlicht einzustellen oder Zahlung mittels Vorauszahlungswasserzählern zu erzwingen, wurden nach heftiger Gegenwehr seitens der Betroffenen und Skandalisierung durch Kirchen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen verboten (England) oder mittels Sozialleistungen (Südafrika) versucht aufzufangen. Die Konzerne begannen sich zurückzuziehen und ihre entsprechenden Beteiligungen abzustoßen (Kürschner-Pelkmann 2006). Allerdings hatte die GeberInnengemeinschaft mit auf die Privatwirtschaft setzendem, ideologisch getrübtem Blick ihre Investitionen reduziert bzw. nicht in der Höhe aufgestockt, wie es zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele notwendig gewesen wäre. Folglich gilt für 55 Staaten, das betrifft 234 Millionen Menschen, dass dort das Millenniums-Entwicklungsziel nicht erreicht werden wird (Houdret 2008: 7).

Gleichwohl und trotz einiger Selbstkritik hinsichtlich der überhöhten Erwartung an den Privatsektor wird der Privatisierungsimpuls von Weltbank wie EU weiter gepflegt. Die große Mehrheit der nationalen Wassergesetze, die unter der Anleitung der entwicklungspolitischen Finanzierungsorganisationen im letzten Jahrzehnt formuliert wurden, hält explizit an der anzustrebenden Zielsetzung von Privatisierung und Vollkostendeckung fest. Partizipationsrechte von NutzerInnen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sehen die Wassergesetze selber nicht vor; es bleibt den auf lokalen Ebenen tätigen zivilgesellschaftlichen Organisationen vorbehalten, sich in dieser Richtung stark zu machen (Gender and Water Alliance 2003: 43ff.).

2003 hat die Weltbank eine neue Wasserstrategie vorgelegt, in der Private Public Partnerships eine zentrale Rolle spielen. Nach wie vor geht es darum, Wasser zu einem marktgängigen Produkt zu machen und über die Zuteilung von Wasser im Modus zah-

lungskräftiger Nachfrage entscheiden zu lassen. Die Weltbank spricht daher von einem nachfrageorientierten Ansatz (Hoering/Schneider 2004). Zugleich will die Weltbank zwar der Förderung gut funktionierender öffentlicher VersorgerInnen mehr Aufmerksamkeit schenken, vor allem aber liegt ihr daran, zu Private Public Partnerships hinzuführen und die Kommunen beim Abschluss von Verträgen mit privaten VersorgerInnen zu unterstützen. Um das private Risiko zu mindern und Markteintrittsbarrieren zu reduzieren, werden nun dort, wo vorher die in die Kostendeckung einkalkulierten privaten Gewinne seitens des jeweiligen Staates abgesichert wurden, zu demselben Zweck Mittel der Entwicklungszusammenarbeit in Aussicht gestellt.

Die weniger attraktive Versorgung ärmerer Bevölkerungsschichten erfolgt mit den weiter oben beschriebenen Elementen kostengünstiger und Zahlungsakzeptanz sichernder Partizipation. Hier sollen verstärkt entwicklungspolitische Mittel bereitgestellt werden, um die Bevölkerung in die Lage zu versetzen, Entscheidungen über ihren Zugang zu Wasser- (und Abwasser-)Diensten zu beeinflussen. Zugleich soll eine sparsame und umweltverträgliche Verbrauchskultur gefördert werden, verbunden mit der Vermittlung der Einsicht, dass Wasser einen wirtschaftlichen Wert hat und die mit der Wasserversorgung verbundenen Dienstleistungen in Gänze von den WassernutzerInnen zu entgelten sind.

Mit der neuen Strategie der Weltbank verbunden sind Anstrengungen, Wassermärkte und handelbare Wasserrechte einzuführen. Durch gesicherte, formalisierte und per Eigentumstitel individualisierte Rechte soll das Interesse privater UnternehmerInnen an einer Beteiligung im Wassersektor gestärkt werden und zugleich die Ressource Wasser sowohl hinsichtlich der Verteilung als auch des Nutzens marktvermittelten ökonomischen Kriterien folgen. Der Marktwert der Ware Wasser werde am besten die Allokation „von Nutzungen mit geringerem Wert zu höherwertigen Nutzungen lenken“ (John Briscoe, zitiert nach Hoering 2006: 28) und zudem das Interesse der Rechteinhaber an nachhaltigem, umfassendem Ressourcenschutz positiv beeinflussen. Die ‚höherwertige‘ Wassernutzung indes birgt unmittelbare Gefahren für die landwirtschaftliche Wasserversorgung, die nur schwer mit den zahlungsfähigen städtischen Mittelschichten mithalten kann bzw. begünstigt eine Verschiebung innerhalb des Landwirtschaftssektors weg von Aktivitäten der unmittelbaren, vor allem von Frauen geleisteten Nahrungsmittelproduktion hin zu Agrarexport und Agrarindustrie (Swyngedouw 2009). In jedem Fall werden kollektive, auf Tradition und Gewohnheitsrecht beruhende Wasserrechte aufgebrochen. So sind in der Folge aufgrund der engen Beziehung zwischen Land- und Wasserrechten und der schwachen formell rechtlichen Absicherung des Landnutzens von Frauen deren Existenzgrundlagen in besonderer Weise gefährdet.

Seit Mitte der 1990er Jahre haben sich in lokalen Kämpfen und nationalen Debatten Unwillen und Widerstand gegen die Privatisierung von Wasserver- und Entsorgung vertieft und erweitert. Weltweit und auf allen Kontinenten, im globalen Süden wie in den Industrieländern, organisieren sich Menschen und treten auf Straßen und in Gerichtssälen gegen die Wasserkonzerne an. Auf internationaler Ebene werden sie weiterhin unterstützt von einer breiten Koalition aus Kirchen, Gewerkschaften, UN-Organisationen, Entwicklungs- und Menschenrechts-NROs und nicht zuletzt von Frauenorganisationen und deren Netzwerken – eine Koalition, die durchaus Erfolge für sich verbuchen kann. Sie wehren sich, wenn Konzerne entgangene Gewinne einklagen (Cochabamba, Mani-

la) und fordern von Entwicklungsorganisationen die Entkoppelung von Entwicklungszusammenarbeit und Privatisierung.

Mittlerweile ist verschiedenenorts eine Re-Kommunalisierung der Wasserversorgung zu beobachten, der bislang als Leistungsträger völlig ignorierte öffentliche Sektor wird wieder Gegenstand von Reformbemühungen, neue Öffentlich-öffentlich-Partnerschaften formieren sich, der Kampf um Wassergerechtigkeit findet seine Fortsetzung in zivilgesellschaftlichem und kommunalem „Reclaiming Public Water" (Balanyà et al. 2005). Allerdings: Die Rückverlagerung der Wasserversorgung in die Hände kommunaler Instanzen ist zunächst nicht mehr als eine, wenn auch unerlässliche Voraussetzung für weiterführende demokratische Anstrengungen.

Die im Kontext von privatisierter Wasserversorgung entstandenen mannigfachen Formen lokaler Selbstorganisation, oft in der Tat mit hohem Frauenanteil, sind voll undiskutierter Akzeptanz von Machtstrukturen; im Kern dienen sie meist nicht dem Aufbau von Strukturen geschlechterdemokratischer Selbstregierung, sondern reibungsloser und kostengünstiger Einbindung. Der bekannt gewordene Fall des Kampfes in Cochabamba gegen Weltbank und Weltwährungsfonds und die durch Kreditabkommen erzwungenen Privatisierungen unter anderem im Wassersektor, gerahmt von einem Privatisierungen begünstigenden Wassergesetz, droht in den Mühen der Ebene zu erschlaffen. Es erweist sich als außerordentlich schwierig, die Beteiligungsdynamik aufrechtzuerhalten; klientelistische Verhaltensweisen und passives Abnicken schleichen sich ein, aufgewirbelte Geschlechterordnungen werden ‚rückfällig' (Chavez 2005). Die eroberte Partizipation muss gegen ein unmittelbares neoliberales Umfeld ankämpfen und ermüdet daran. Anders sieht es in Porto Alegre aus, wo sich im Rahmen einer umfassenden Reformagenda mittlerweile erprobte Formen demokratischer Steuerung mit festgelegten Frauenrechten auch im Wassersektor institutionalisieren konnten. Demgegenüber blieb das sich sehr progressiv ausnehmende und in der Verfassung verankerte Verbot der Privatisierung von Wasser in Uruguay mit gleichsam von oben verordneter Partizipation bislang faktisch folgenlos bzw. muss erst noch mit gesellschaftspolitischem Inhalt gefüllt werden.

Die Beispiele zeigen: Die Frage, in welchen politischen Formen gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge auf demokratische Weise – und das heißt auch geschlechterdemokratische Weise – gesichert werden kann, hat bis heute keine schlüssige, institutionell verstetigte Antwort gefunden. Längst ist aber ein Prozess des Suchens und Experimentierens, des Austausches und der Erforschung in Gang gesetzt, der die notwendigen Reformen im öffentlichen Sektor mit Formen gesicherter Teilhabe der Bevölkerung zu verbinden sucht. Dabei lässt sich ein kreativer Mix aus Instrumenten und Perspektiven beobachten, der neue Interaktionsfelder von modernen Techniken und ExpertInnentum mit überkommenen Organisationsformen und Weltsichten eröffnet (World Development Movement 2007). Die Suche nach dezentralisierten Lösungen für einen Umgang mit dem knappen Gut Wasser, der lokalen, sozio-technischen Gegebenheiten angepasst ist und gleichermaßen Gerechtigkeits- wie Nachhaltigkeitserfordernissen genügt, verweist ihrerseits auf bestimmte Voraussetzungen. Dazu gehören demokratische Verfahrensweisen, die Rückbindung von Wasserrechten an gemeindliche Wohlfahrtsbelange und die Einbettung in einen praktisch gelebten Entwurf gesellschaftlicher Naturverhältnisse, der kompetitivem Raubbau an der Natur im Allgemeinen und am Wasser im Besonderen widersteht (Hoering 2008).

Damit ist auch deutlich: Demokratische, geschlechtersensible Wasser-Governance ist nicht von gesellschaftspolitischen Kontexten und Rahmungen zu trennen; sie weist über den Wassersektor hinaus. Sie muss sich auf grundlegende Transformationsprozesse einlassen, die von einem gesellschaftspolitisch inklusiven Begriff von Politik geleitet sind. Es gilt, jenseits institutionell verfestigter Fassungen politische Prozesse in Gang zu setzen, die den politischen Kriterien von Transparenz, Rechenschaftslegung und über formelle Beteiligungsrechte hinausgehender Deliberation genügen. Damit sind neue Inhalte und Verfahrensweisen angesprochen, die nicht nur einer lokal praktizierten Gemeinwohlorientierung zugute kämen, sondern gleichzeitig Bausteine für die notwendige Neu-Erfindung von Demokratie abgeben könnten, wie sie unter den Bedingungen im Globalisierungsprozess erodierter nationaler Räume dringend benötigt werden. Solche Politik – das ist der utopische Entwurf – müsste Geschlechterasymmetrien nicht selber schon aufheben, aber den Raum bieten, in dem auch sie zum Thema gemacht werden können (von Braunmühl/Winterfeld 2003: 54ff.).

Literaturverzeichnis

Balanyà, Belén; Brennan, Brid; Hoedeman, Olivier; Kishimoto, Satoko & Terhorst, Philipp. (Hrsg.). (2005). *Reclaiming Public Water. Achievements, Struggles and Visions from Around the World. Transnational Institute, Corporate Europe Observatory*. (2. Aufl.). Zugriff am 30. Juni 2009 unter www.tni.org/detail_page.phtml?page=books_publicwater

Barlow, Maude & Tony Clarke. (2002). *Blaues Gold. Das globale Geschäft mit dem Wasser*. München: Antje Kunstmann Verlag

Braunmühl, Claudia von. (2005). Water Governance. Partizipation in der Wasserversorgung. *NetWORKS Paper* Nr. 18. Zugriff am 30. Juni 2009 unter www.networks-group.de

Braunmühl, Claudia von & Winterfeld, Ute von. (2003). *Global Governance. Eine begriffliche Erkundung im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Globalisierung und Demokratie*. Wuppertal Paper 135. Zugriff am 30. Juni 2009 unter www.wupperinst.org/de/publikationen/entnd/uploads/tx_wibeitrag/WP135.pdf

Budds, Jessica & McGranahan, Gordon. (2003). Are the debates on water privatisation missing the point? Experiences from Africa, Asia and Latin America. *Environment & Urbanization*, 15 (2), October, 87-113

Candelas, Mario. (2009). Krise der Privatisierung. In Mario Candelas; Rainer Rilling & Katharina Weise (Hrsg.), *Krise der Privatisierung – Rückkehr des Öffentlichen?* (S. 9-24). (Reihe: Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung Bd. 53) Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung

Chavez, Walter. (2005). Unrentable Kundschaft in Bolivien. *Le Monde diplomatique*, 11.3.2005. Zugriff am 30. Juni 2009 unter www.monde-diplomatique.de/pm/2005/03/11.mondeText.artikel,a0058.idx,15

Department for International Development (DFID). (2007). *Factsheet water and sanitation*. Zugriff am 30. Juni 2009 unter www.dfid.gov.uk/pubs/files/mdg-factsheets/water-factsheet-2006.pdf

Dobner, Petra. (2007). *Wasserpolitik*. Unveröffentlichte Habilitationsarbeit

Dobner, Petra. (2006). Did the State fail? Zur Transnationalisierung und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge am Beispiel des globalen Trinkwassers. In Klaus Dieter Wolf (Hrsg.), *Staat und Gesellschaft – fähig zur Reform?* (S. 247-261). Baden Baden: Nomos

Dublin Statements and Principles. Zugriff am 30. Juni 2009 unter www.inpim.org/files/Documents/DublinStatmt.pdf

Europe Aid. (2007). *Europe Aid support to the EU Water Initiative*. Zugriff am 30. Juni 2009 unter www.oecd.org/dataoecd/47/3/39168719.ppt#1

Europäische Kommission. (2003). *Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse*. KOM (2003) vom 21.5.2003. Zugriff am 30. Juni 2009 unter http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2003/com2003_0270de01.pdf

Gender and Water Alliance (GWA). (2003). *The Gender and Water Development Report 2003*. Leicestershire: Loughborough University. Zugriff am 30. Juni 2009 unter www.genderandwater.org/content/download/307/3228/file/GWA_Annual_Report.pdf

Goetz, Anne M. & Gaventa, John. (2001). *Bringing citizens voice and client focus into service delivery*. Brighton: Institute for Development Studies (IDS)

Gross, Bruce; van Wijk, Paul C. & Mukherjee, Nilanjana. (2001). *Linking Sustainability with Demand, Gender and Poverty. A study in community-managed water supply projects in 15 countries*. International Water and Sanitation Centre / Water and Sanitation Program. Washington D. C.: The World Bank

Hall, David. (2008). *Water Privatisation*. Zugriff am 30. Juni 2009 unter http://209.85.129.132/search?q=cache:xeEUmcMAjPIJ:www.europeanvoice.com/CWS/GED/pop_View.aspx%3FLG%3D1%26ID%3D1093+David+Hall+Water+Privatisation+2008&cd=1&hl=de&ct=clnk&gl=de

Hall, David; Bayliss, Kate & Lobina, Emanuele. (2002). *Water privatisation in Africa*. Zugriff am 12. August 2008 unter www.psiru.org/reports/2002-06-W-Africa.doc

Hall, David & Lobina, Emanuele. (2005). *The relative efficiency of public and private sector water*. Zugriff am 30. Juni 2009 unter www.psiru.org/reports/2005-10-W-effic.doc

Hoering, Uwe. (2006). Der Markt als Wassermanager. Aufbau eines neuen Wasserregimes der Weltbank. *Peripherie*, 26 (101/102), 21-42

Hoering, Uwe. (2008). *Water to the People. Drinking Water and Water for Livelihoods. Conflicts and Alternative Concepts in India*. Zugriff am 30. Juni 2009 unter www.eed.de//fix/files/doc/eed_cws_water_to_the_people_08_eng.3.pdf

Hoering, Uwe & Schneider, Ann K. (2004). *König Kunde? Die neue Wasserpolitik der Weltbank und ihre Umsetzung in Indien und Sri Lanka*. Berlin: WEED

Houdret, Annabelle. (2008). *Knappes Wasser, reichlich Konflikte? Lokale Wasserkonflikte und die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit*. Duisburg: INEF Policy Brief. Zugriff am 30. Juni 2009 unter http://inef.uni-due.de/page/documents/PolicyBrief03.pdf

Kabeer, Naila. (1999). Resources, Agency, Achievements: Reflections on the Measurement of Women's Empowerment. *Development and Change*, 30, 435-464

Kluge, Thomas & Libbe, Jens. (Hrsg.). (2006). *Transformation netzgebundener Infrastruktur: Strategien für Kommunen am Beispiel Wasser*. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik

Kürschner-Pelkmann, Frank. (2006). Der Traum vom schnellen Wasser-Geld. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (25), 2006. Zugriff am 30. Juni 2009 unter www.bpb.de/publikationen/DN38XH,0,0,Der_Traum_vom_schnellen_WasserGeld.html

Lobina, Emanuele & Hall, David. (2009). Wasserprivatisierung und Umstrukturierung in Lateinamerika. In Mario Candelas; Rainer Rilling & Katharina Weise (Hrsg.), *Krise der Privatisierung – Rückkehr des Öffentlichen?* (S. 53-86). (Reihe: Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung Bd. 53) Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung

Lux, Alexandra & Hayn, Doris. (2008). *Trinkwasser und seine geschlechtsspezifische Wahrnehmung*. Frankfurt: Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE). Zugriff am 30. Juni 2009 unter www.isoe.de/ftp/publikationen/msoe27.pdf

Naidoo, Anil. (2007). *UN High Commissioner for Human Rights Examines the Right to Water*. Zugriff am 30. Juni 2009 unter www.blueplanetproject.net/documents/berlin.pdf

Narayan, Deepa. (1995). The Contribution of People's Participation. Evidence from 121 Rural Water Supply Projects. Environmentally Sustainable Development. *Occasional Paper Series No 1*. Washington, D. C.: The World Bank

Petrella, Riccardo. (1999). *Wasser für alle. Ein globales Manifest*. Zürich: Rotpunktverlag
Public Sector International (PSI). (2008, 8. März). *Water, Women and Workers*. Zugriff am 30. Juni 2009 unter www.world-psi.org/TemplateEn.cfm?Section=Home&Template=/ContentManagement/ContentDisplay.cfm&ContentID=19648
Swyngedouw, Erik. (2004). *Social Power and the Urbanization of Water: Flows of Power*. Columbus: MacGraw Hill
Swyngedouw, Erik. (2009). Städtische Wasserflüsse und Kapitalakkumulation. Die Widersprüche der Urbanisierung des Wassers unter dem Neoliberalismus. In Mario Candelas; Rainer Rilling & Katharina Weise (Hrsg.), *Krise der Privatisierung – Rückkehr des Öffentlichen?* (S. 99-122). (Reihe: Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung Bd. 53) Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung
United Nations Development Programme (UNDP). (2006). *Beyond Scarcity: Power, poverty and the global water crisis*. New York: UNDP
United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO). (2003). *Wasser für Menschen, Wasser für Leben. Weltwasserentwicklungsbericht der Vereinten Nationen*. Bonn: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)
Vinz, Dagmar. (2005). *Genderaspekte bei der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen am Beispiel der Energie- und Wasserversorgung*. (Genanet Studien 2). Frankfurt. Zugriff am 30. Juni 2009 unter www.genanet.de/fileadmin/downloads/Studien/genas_2_Liberalisierung_Privatisierung.pdf
World Development Movement (WDM). (2006). *Pipe dreams. The failure of the private sector to invest in water services in developing countries*. Zugriff am 30. Juni 2009 unter www.psiru.org/reports/2006-03-W-investment.pdf
World Development Movement (WDM). (2007). *Going public. Southern solutions to the global water crisis*. Zugriff am 30. Juni 2009 unter www.reformwatch.net/fitxers/220.pdf

Zur Person

Claudia von Braunmühl, Dr., Prof. hon. für Internationale Politik am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin, unabhängige entwicklungspolitische Gutachterin und Beraterin. Arbeitsschwerpunkte: Global Governance, Entwicklungsstrategien und Entwicklungszusammenarbeit, Gender und Entwicklung, Gender und gewaltförmige Konflikte
Kontakt: Flotowstr. 6, 10555 Berlin. E-Mail: cvb@zedat.fu-berlin.de